

090304 AH

Frau
PStS Karin Roth, MdB
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Platz der Republik 1
11011 Berlin

ABS/NBS Rheintalbahn

hier: Ihr Schr. vom 16.02.09 an Alexander Bonde, MdB

Sehr geehrte Frau PStS Roth,

Ihr Schreiben kann aus unserer Sicht nicht ohne Antwort bleiben, da es sich so nahtlos in eine ganze Serie unsäglicher Aussagen des BMVBS einreihet.

Sie stellen fest, es sei „zunächst ... erforderlich, dass die laufenden Planfeststellungsverfahren zu Ende gebracht werden, damit deutlich wird, welche Baumaßnahmen zum Erreichen der gesetzlich festgeschriebenen Schutzziele erforderlich sind“. Alles MEHR dürfe „vom Bund aufgrund der Bundeshaushaltsordnung nicht finanziert werden“.

Nun kann es sein, dass Ihr Brief an die Adresse das Land B-W gerichtet ist, um den Finanzpoker aus der Bundessicht auf die richtige Ausgangslage zu bringen. Aber für politisches Taktieren haben die Bürger dieser Region überhaupt kein Verständnis mehr:

In Hunderten von Sitzungen aller Gemeinden, der Kreistage und Regionalverbände, der Kammern, Verbände und Bürgerinitiativen, des Landesparlaments und bei den offiziellen Verfahrensterminen hat sich das Konzept von BADEN 21 als die mehrheitsfähige Zukunftslösung gezeigt.

In einem regionalen und überparteilich geführten Diskurs, den wir als zusammengeschlossene Bürgerinitiativen außerordentlich begrüßen, wurden mit überwältigender Mehrheit der Region sechs elementare Bausteine zur Verbesserung der Planung im Konzept BADEN 21 niedergelegt. Am 02. Februar d.J. stellte Herr Innenminister Heribert Rech für die Landesregierung Baden-Württemberg diese als Verhandlungsgrundlage für das lange schon avisierte Spitzengespräch in



www.mut-im-netz.de



www.igel-breisgau.de



www.bi-bahn.de



www.bi-bahnlaerm.de



www.abatra.de



www.bi-bahntrasse.de



www.bilb-weil.de

Berlin zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Bahnvorstand und Ministerpräsident Günther Oettinger vor.

All das kann Ihnen in den letzten Jahren nicht verborgen geblieben sein, auch wenn das Nicht-Beantworten von Briefen das nahelegen würde. Für Politik-Taktik haben die Menschen deshalb kein Verständnis, sie wollen sachgerechte, in die Zukunft ihrer Enkel weisende Entscheidungen von vertrauenswürdigen Verantwortungsträgern.

Ihr Haus ist zuständig für Verkehr UND Stadtentwicklung. Es muss sich den Vorwurf gefallen lassen,

- dass es kein konsistentes Konzept mit Prioritäten für den Ausbau des Schienennetzes für Deutschland hat,
- dass Milliarden in die unrentablen Schnellverkehrsstrecken gesteckt wurden (Haushaltsordnung und das Gesetz der "Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit"? – damit überzeugen Sie niemanden mehr),
- dass das Vorhaben in der gegenwärtigen Form nicht menschen- und umweltgerecht verwirklicht werden kann,
- dass vorliegende Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung bis heute nicht vom BMVBS als Vorgaben in die Planung und/oder die Fortschreibung einschlägiger Verordnungen und Gesetze eingegangen sind,
- dass die ABS in weiten Bereichen Südbadens zur unumkehrbaren Stadtzerstörung in den betroffenen Gemeinden führen wird und Vermögenswerte in Milliardenhöhe vernichtet werden,
- dass landwirtschaftlich genutzte Flächen und solche für die Naherholung über Gebühr vernichtet werden,
- dass das Projekt in großen Abschnitten elementaren Gesetzen der Raumordnung und Landesplanung widerspricht.

Sie berufen sich auf die geltenden Gesetze. Vielleicht ist Ihnen noch in Erinnerung, dass wir bei Ihrem Gespräch hier in der Region am 06. März 2006 – fast auf den Tag vor drei Jahren – genau diese gesetzgeberischen Defizite zur Sprache brachten, später einen Vorschlag zur Novellierung der 16. BImSchV (Sparwasser-Papier) einbrachten? Unser Dank an Sie fiel damals etwas heftig aus:

„Ihre Zusage, sich mit den Problemen im Zusammenhang mit der DB-Trasse durch eigene Fragen an die Verantwortlichen in Ihrem Hause oder auch an anderer Stelle kundig zu machen, eine eigene Sicht der Dinge zu wagen und gleichzeitig keine zu hohen Erwartungen zu wecken, hat uns von Ihrer Persönlichkeit als gestaltungswillige Politikerin beeindruckt“ – Wir nehmen ihn hiermit zurück.

Wir glauben inzwischen nicht mehr an eine Gestaltungskraft oder auch den Willen dazu aus Ihrem Haus, denn sonst wären zumindest die Ergebnisse einer Studie zur Lärmwirkungsforschung veröffentlicht worden. Diese, so wurde vom BMVBS öfters bestätigt, sei in Auftrag gegeben. Aber eine Antwort auf unsere Anfragen (03.06. und 03.08.2006), an wen die Studie vergeben wurde, mit welcher Themenstellung usw. wurde schlicht nicht gegeben.

Der Schluss liegt nahe, dass es diesen Auftrag samt Studie gar nicht gibt.

Die Menschen am Oberrhein haben mit fast 100 000 Einwendungen bei den bisher offengelegten Planabschnitten eindrücklich gezeigt, dass sie in der Lage sind,

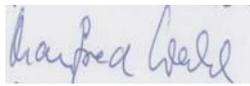
zukunftsfähige Planalternativen zu entwickeln, den politischen Prozess der Entscheidungsfindung akzeptieren, aber auch alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen werden, um eine unzeitgemäße, menschenverachtende Planung zu verhindern. Jahrelange Verzögerungen bei der Realisierung des Projektes durch Klagen vor dem Bundesverwaltungsgericht, dem Bundesverfassungsgericht oder auch dem Europäischen Gerichtshof sind vorprogrammiert. Allein dadurch wird das Projekt schon rund eine Mrd. Euro teurer ...

Ihr Haus trägt mit seiner Haltung für diese absehbare Entwicklung und den Unfrieden in der Region die alleinige politische Verantwortung. Noch wäre Zeit für politische Signale, die den Boden für einen fairen Ausgleich zwischen den Beteiligten Bahn, Bund und Land bereiten können. Denn alle drei sind nach dem Verständnis der Bürger zu beteiligen, eine andere Lösung ist nicht vorstellbar.

Mit freundlichen Grüßen,



Adalbert Häge
IGEL e.V.



Manfred Wahl
BI Bahntrasse



Uwe Haller
Bürgerprotest Bahn



Dr. Roland Diehl
MUT e.V.